

Sicherheitspolitik soll neu gedacht werden

Stefan Maaß sieht das friedliche Zusammenleben von Ländern und Völkern in Gefahr

Von unserem Mitarbeiter
Ralf Joachim Kraft

Rastatt. Kriege und Konflikte – auch im Zuge des Klimawandels, weltweiter Terrorismus, Extremismus, Rassismus und wachsender Nationalismus, die Glaubwürdigkeitskrise westlicher Demokratien, der Bedeutungsverlust der Uno und eine zunehmend militärgestützte Sicherheitspolitik. Das sind nach Aussage von Stefan Maaß, Friedensbeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Baden, nur einige der Gründe, warum das friedliche Zusammenleben von Ländern und Völkern in Gefahr gerät. Unter der Überschrift „Sicherheit neu denken – ist das möglich?“ stellte Maaß im gut besuchten Gemeindesaal der Johanneskirche das Szenario für eine neue zivile Sicherheitspolitik vor. Sein Vortrag fand im Zuge der „Ökumenischen Friedensdekade“ statt. Bei dieser Gemeinschaftsaktion laden die evangelische Johanneskirche und die katholische Zwölf-Apostel-Kirche seit Anfang der 80er Jahre immer in der Dekade vor dem Buß- und Betttag zu Friedensgebeten ein – diesmal unter dem Jahresmotto „Friedensklima“.

Nach Auskunft des evangelischen Pfarrers Wenz Wacker versammelten sich ab 11. November knapp 200 Menschen zu solchen Gebeten in den beiden Kirchen auf dem Rötterberg. „Mit diesem Zuspruch sind wir sehr zufrieden. Wichtig ist uns, dass die Menschen ein Bewusstsein dafür bekommen, dass sich jeder Einzelne für ein friedliches Miteinander einsetzen kann“, so Wacker.

Laut Stefan Maaß will die badische Landeskirche seit 2013 eine „Kirche des gerechten Friedens“ werden. Im selben Jahr beschloss die Landessynode, „ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen.“ Seither entwickle eine Arbeitsgruppe ein Konzept, das 2018 unter dem Titel „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicher-



REFERENT Stefan Maaß, Friedensbeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Baden, spricht im Gemeindesaal der Johanneskirche. Foto: Kraft

heitspolitik – ein Szenario bis zum Jahr 2040“ in Buchform veröffentlicht wurde. Die neue Studie, an der Maaß mitgewirkt hat, will als zukunftsweisende Alternative einen zivilen Weg zu mehr Sicherheit aufzeigen und entwirft das Szenario einer Sicherheitspolitik, die für den Verzicht auf Waffenhandel und militärische Optionen steht. „Die mit

weltweit steigenden Rüstungsausgaben verbundene militärische Sicherheitspolitik hat weder zu mehr Sicherheit noch zu mehr Frieden geführt, sondern zu ständig neuen Unsicherheiten. Das Vertrauen auf den Mythos der erlösenden Gewalt, fördert die Gewalt- und Rüstungsspirale“, betonte Maaß und erklärte, dass die negativen Folgen zu wenig

oder gar nicht öffentlich zum Thema gemacht würden. Und das, obwohl laut Umfragen eine Mehrheit der Bevölkerung Rüstungsexporte, Atomwaffen und militärische Interventionen ablehne.

Allerdings seien den Menschen auch die Alternativen zu wenig bekannt, berichtete Maaß, dass besagte Arbeitsgruppe drei verschiedene Szenarien bis 2040 entworfen habe: Ein Negativszenario mit noch mehr Kriegen und einer Welt nahe am Atomkrieg, ein nicht viel rosigeres Trendszenario mit weiter steigenden Rüstungsausgaben und schließlich das Positivszenario mit immer mehr Ländern, die auf Armeen verzichten. Das vorgestellte Konzept fußt auf fünf Säulen: Gerechte Außenbeziehungen spielen darin ebenso eine Rolle wie die nachhaltige EU-Nachbarschaft, die internationale Sicherheitsarchitektur, die widerstandsfähige Demokratie und die Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie inklusive Abzug aller Atomwaffen. Statt aktuell 300 sollen künftig 50 000 zivile Friedensfachkräfte in Krisenregionen eingesetzt werden. Bis 2035 solle die Bundeswehr in eine internationale Polizei oder einen Teil des Internationalen Technischen Hilfswerks umgewandelt werden. Im Gespräch mit Maaß brachten etliche Besucher ihre Ängste und Bedenken gegenüber dieser neuen Art der „Sicherheit“ zum Ausdruck und manch einer fragte sich, warum bei den bisherigen Gesprächen die Politik noch nicht mit ins Boot geholt wurde. „Dafür ist es jetzt noch zu früh“, antwortete Maaß.

Service

Das Begleitprogramm zur „Ökumenischen Friedensdekade“ wird am kommenden Montag, 25. November, um 19 Uhr mit einem Vortrag im Zwölf-Apostel-Pfarrzentrum fortgesetzt.

Oliver Müller, Leiter von Caritas International, referiert dann zum Thema „So hilft Caritas International in Syrien/Aleppo“.